

NIEDERSCHRIFT
der Sitzung der staatlichen Deputation für Inneres
am Donnerstag, 19. November 2015
Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Raum 416, Am Markt 20, 28195 Bremen)
- 4. Sitzung in der 19. Legislaturperiode -

1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

2. Genehmigung von Niederschriften

2.a Umlaufbeschluss am 02.10.2015

Beschluss:

Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.

2.b Gemeinsame Sondersitzung mit dem Rechtsausschuss am 14.10.2015

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht des Landeswahlleiters zu den Wahlen vom 10. Mai 2015

Der TOP wird ausgesetzt und auf der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG) und Evaluationsbericht

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Evaluationsbericht 2015 gemäß § 10 BremKorG zur Kenntnis und stimmt gegen die Stimmen der CDU dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG) zu.

5. Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Bremischen Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei (BremPolAPV)

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem anliegenden Entwurf einer Verordnung zur Änderung der BremPolAPV und der Weiterleitung an den Senat zu.

6. Auflösung der Stiftung Wohnliche Stadt – Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank aus den in der Senatsvorlage genannten Gründen zu.

7. Konzept „BodyCam“

Der TOP wird ausgesetzt und auf der nächsten Sitzung erneut aufgerufen.

8. Bericht Einsatzstrategie Fußball

Mündlicher Bericht des Polizeipräsidenten

Polizeipräsident Müller erläutert im Bericht und in Antworten auf Nachfragen aus, dass nach Auseinandersetzungen im Fußballgeschehen schon in der letzten Saison 2014/2015 das Instrument des Einsatzes von Fankontaktbeamten entwickelt wurde. Diese Fankontaktbeamten treten insbesondere in den Dialog mit Fußballfans die in Gruppen auftreten. Die Ergebnisse zeigen, dass diese Maßnahme in Konfliktsituationen deeskalierend wirken kann. Eine Verstärkung dieses Ansatzes ist wünschenswert, steht jedoch im Spannungsfeld des polizeilich möglichen Ressourceneinsatzes. Eine konsequente Trennung rivalisierender Fangruppierungen ist eine Maßnahme zur Verhinderung von Auseinandersetzungen, die die Polizei Bremen mit ihren Einsatzkonzepten erreichen möchte. Zudem ist es Ziel der Polizei Bremen, möglichst Bremer Polizeibeamte an Orten einzusetzen, die erfahrungsgemäß durch Bremer Fangruppierungen aufgesucht werden. Er führt weiter aus, dass ausschließlich kommunikative Maßnahmen durch Polizeibeamte vor dem Hintergrund des Legalitätsprinzips ihre Grenzen haben. Er erläutert, dass das Instrument der Stadionverbote mit Augenmaß angewandt wird, die Polizei ist hierzu im Dialog mit dem Verein SVW. Zur Geeignetheit von Fanmarschverboten führt er aus, dass durch diese vor allem auf das Verhalten auswärtiger Spielbesucher reagiert werden musste. Für die Anreise von Spielbesuchern gelten jedoch für alle die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen. Er bietet jedoch an, die Situation für die Heimfans noch einmal zu überprüfen. Für die ausstehende Partie des SVW gegen den HSV wurden bislang 90 Betretungsverbote ausgesprochen, darunter erhielten eine Vielzahl auswärtiger Hooligans, diese Verfügung. Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Steigung der Anzahl der eingesetzten Polizeikräfte auf diese Strategie zurückzuführen ist. Die Konflikte haben insbesondere bei besonderen Spielkonstellationen zugenommen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis

9. Bericht Todesursachenermittlung (BuBi-Bericht)

9. *Mündlicher Bericht des Polizeipräsidenten*

Polizeipräsident Müller führt aus, dass es im Todesermittlungsverfahren keine Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden festgestellt wurden. Insbesondere die durchgeführte Obduktion hat keine anderen Feststellungen erbracht.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis

10. Bericht zur Entwicklung der Einbrüche in Bremen (2014/2015)

10. *Mündlicher Bericht des Polizeipräsidenten*

Polizeipräsident Müller führt im Bericht und in Antworten auf Nachfragen aus, dass die Delikte im Jahresvergleich wahrscheinlich auf gleichbleibend hohem Niveau bleiben werden. In den Vormonaten ist es jedoch gelungen verschiedene Serien aufzuklären, die einzelnen Tätergruppen zugeordnet werden konnten. Die präventiven Maßnahmen werden fortgeführt, auch wenn zu konstatieren ist, dass verschiedene Medien die Präventionskonzepte nicht mit Interesse aufgreifen. Die operativen Maßnahmen der Vorjahre haben sich bewährt, um die Entwicklung, insbesondere in hö-

her durch Einbrüche belasteten Jahreszeiten, einzudämmen. Diese werden in der sogenannten „Dunklen Jahreszeit“ angepasst und fortgeführt, stehen jedoch im Spannungsfeld der verfügbaren Ressourcen aufgrund von weiteren Schwerpunkten. Diese sind die Belastungen im Deliktsbereich des Trickdiebstahls („Antanzdelikte“) und des Straßenraubes. Sowohl um den Hauptbahnhof als auch im sog. „Viertel“ sind starke Anstiege zu verzeichnen. Tatverdächtig sind in vielen Fällen eine Gruppe von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA). Zu dieser Personengruppe führt der Polizeipräsident aus, dass ca. 50 – 100 Personen auffällig sind. Die Polizei reagiert darauf mit Präsenz- und Kontrollmaßnahmen, aber auch Präventionsmaßnahmen und Absprachen mit Geschäftsleuten in den belasteten Gebieten. Zu den Absatzwegen des Stehl- und Raubgutes erläutert der Polizeipräsident, dass es Absatznetzwerke gibt, zu denen es derzeit noch keine konkreten Ermittlungsergebnisse gibt. Er verweist darauf, dass in der Vergangenheit Kioske, Teestuben und auch Wettbüros im Zusammenhang mit Hehlerei auffällig waren.

Die verschiedenen Einsatzkonzepte können sich in Einzelmaßnahmen gegenseitig ergänzen und Wechselwirkungen auf die verschiedenen Phänomenbereiche entfalten, so dass geringe Synergien zu erwarten sind. In vielen Fällen lassen sich die Schwerpunktmaßnahmen jedoch nur zu Lasten anderer polizeilicher Aufgaben umsetzen.

Der Leiter der Schutzpolizei in Bremerhaven, Herr Köster, ergänzt den Bericht um Aspekte der Einbruchslage in Bremerhaven. Dort haben sich die Einbruchszahlen im Vergleich zum Vorjahr negativ entwickelt und die OPB führt Schwerpunktmaßnahmen durch, die Erfolg versprechend sind.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis

Handlungskonzepte für die „Dunkle Jahreszeit“

11. *Mündlicher Bericht des Polizeipräsidenten*
Zusammengefasst mit TOP 10

Bericht Straßenraub

12. *Mündlicher Bericht des Polizeipräsidenten*
Zusammengefasst mit TOP 10

Verschiedenes

- 13.

umA

- 13.1 Der Vorsitzende Hinners fragt den Polizeipräsidenten, ob ihm das Instrument einer „24-Stündigen Polizeihaft“ für umA bekannt sei. Dies sei am Rande einer anderen Veranstaltung zum Thema des Umgangs mit umA berichtet worden.

Der Polizeipräsident verweist auf die Vorschriften des BremPolG und erläutert, dass nach seiner Kenntnis bislang keine Maßnahme des Polizeivollzugsdienst auf die Vorschriften der Inobhutnahme nach dem SGB gestützt wurde.

Durch die Deputierten und Gastredner erfolgt eine Erörterung der Rechtslage.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis

Aktuelle Sicheerheitslage

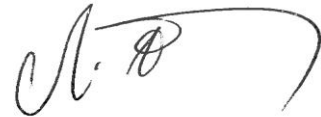
- 13.2 Der Polizeipräsident berichtet, dass die Ereignisse in Hannover derzeit als singuläres Ereignis gesehen werden. Es besteht jedoch eine ernste Gefahrenlage in ganz Deutschland. Die Sicherheitsbehörden sind in Bremen wie auch in den anderen Bundesländern sehr wachsam. Für die künftigen Bundesligaspiele oder Großveranstaltungen in Bremen liegen derzeit keine konkreten Gefährdungshinweise vor, sodass derzeit nicht daran gedacht ist, sie aus Sicherheitsgründen abzusagen. Alle künftigen Großveranstaltungen werden sensibel und einzelfallbezogen bewertet, das gilt auch für den Weihnachtsmarkt, der kommende Woche beginnt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis



Hinner
- Vorsitzender -



Roth
- Protokollführer -